

26. Juli 2017

## Pressemitteilung

### Staatssekretär Thorben Albrecht besucht UVB in Wilhelmshaven

Bundesministerium für Arbeit und Soziales informiert sich über aktuelle Projekte und Entwicklungen

Thorben Albrecht, beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, stattete dem einzigen bundesunmittelbaren Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand, der Unfallversicherung Bund und Bahn (UVB) am Hauptstandort Wilhelmshaven, einen Besuch ab.

Insbesondere die Künstlersozialkasse (KSK) mit ihrer wachsenden Organisation und neuen Aufgaben war Thema des Gesprächs. Der Aufbau einer neuen Prüfgruppe stieß dabei auf besonderes Interesse: Seit 2015 werden Arbeitgeber nicht mehr alleine von der Deutschen Rentenversicherung (DRV) geprüft. Die KSK hat ein eigenes Prüfrecht erhalten, um branchenspezifische Schwerpunktprüfungen und anlassbezogene Prüfungen selbst durchzuführen. „Das Hauptaugenmerk liegt aber in der Beratung der Prüferinnen und Prüfer der DRV in Fragen der Künstlersozialabgabe“, betonte Uwe Fritz, Leiter des Geschäftsbereiches Künstlersozialversicherung.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche drehte sich um das Modellprojekt Dienstatunfallfürsorge, mit dem der Sozialversicherungsträger für vier Jahre betraut ist. Die Teilnahme der versicherten Beamtinnen und Beamten am Modellprojekt ist freiwillig, bisher ist das im Januar 2017 gestartete Projekt sehr gut angenommen worden. „Das Ziel ist, nach erfolgreicher Erprobung die Aufgabe dauerhaft zu erhalten oder sogar auszudehnen“, betonte UVB-Geschäftsführer Bernhard Schneider. Das wäre nicht nur positiv für die UVB, sondern auch für den Hauptstandort Wilhelmshaven, an dem dieses Modellprojekt der Bundesbehörde derzeit ausschließlich betreut wird.

Das Ministerium und die UVB bekräftigten die konstruktive und zielführende Zusammenarbeit miteinander. „Die regelmäßigen Besuche zeigen, dass die UVB mit ihren wachsenden Aufgaben – vor allem am Standort Wilhelmshaven mit fast drei Viertel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – positiv wahrgenommen wird“, stellte Schneider fest.



Zeigten sich zufrieden mit den Gesprächen (von links): Uwe Fritz (stellvertretender Geschäftsführer), Bernhard Schneider (Geschäftsführer), Staatssekretär Thorben Albrecht und Johannes Spies (stellvertretender Geschäftsführer).